



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

17. Februar 2017

Christoph Butterwegge: Mehr Solidarität +++ Finanzdebakel HSH-Nordbank +++ Staatsvertrag +++ Sinti & Roma

Liebe Leserinnen und Leser,



Elke Ehninger/Graphic Recordings (s.a. S. 17)

der neue »BürgerInnenbrief« erscheint etwas versetzt, weil wir seine Herausgabe wieder auf die Mitte des Monats legen wollen – am Monatsende kollidierte sie regelmäßig mit verschiedenen anderen Anforderungen.

Das Jahr hat jedenfalls mit einem Paukenschlag begonnen, dessen Auswirkungen noch gar nicht absehbar sind: dem Beginn der Amtszeit von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten, der noch immer stärksten wirtschaftlichen und vor allem militärischen Macht der Welt. Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung und die Ausfälle dieses unglaublich populistischen Milliardärs, der nun auch noch den Zugangscodes zu den US-Atomwaffen besitzt, lassen die Menschheit binnen kurzem noch viel unsicherer werden. Und es steht zu befürchten, dass auch die Entwicklungen in Europa mit forciertem Demokratie- und Sozialabbau einhergehen. Eine rechtsradikale französische Staatspräsidentin – vor wenigen Jahren noch undenkbar, nun eine reale Drohung. Und eine Welt, die sozial tiefer gespalten ist denn je. Acht Milliardäre, die so viel besitzen wie 50% der Weltbevölkerung, also 3,5 Milliarden Menschen.

Wir als LINKE nehmen in unserer Stadt das wachsende Gefälle von Arm und Reich wahr. Bei vielen HamburgerInnen ist das anders. Die zunehmende soziale Entmischung der Stadtteile führt dazu, dass gut situierte oder auch nur halbwegs

gut verdienender Menschen nichts oder nur wenig mitbekommen von dem, was bei einkommensarmen Haushalten und in den randständigen, benachteiligten Quartieren abgeht.

Wir werden in den kommenden Monaten viel über diese gesellschaftlichen Verwerfungen zu sprechen haben, denn der G20-Gipfel – der Zusammenschluss der 20 mächtigsten und für einen Großteil des Elends der Welt verantwortlichen Staaten und ihrer Herrschaften – tagt am 8./9. Juli in Hamburg. Ausgerechnet. Die Großmannssucht des Ersten Bürgermeisters, sein Wunsch, im Ranking der »Weltstädte« endlich ein, zwei Sprossen empor zu klettern, beschert uns ein Megaevent, das schon jetzt seine Schatten voraus wirft: Gefahrengelände und Grundrechtseinschränkungen, Abschiebungen nach Afghanistan und in andere »sichere« Herkunftsländer, Einsatz von zehntausenden PolizistInnen und Gipfel-Ausgaben, die sich im dreistelligen Millionenbereich bewegen werden. Letzteres ist allerdings noch »recht wenig« im Verhältnis zu dem, was die Senatsgewaltigen von der CDU bis zur SPD selbst zu verantworten oder wenigstens jahrelang verschleppt haben: 10, 15, womöglich noch mehr Milliarden Euro, die uns der absehbare Crash der HSH Nordbank kosten wird.

Trotz – oder gerade wegen – dieser wenig erfreulichen Aussichten ist eine linke Opposition wichtig.

Herausgeberinnen und Redaktion

»Ruck für mehr Solidarität«

Interview mit Christoph Butterwegge



Foto: DISPUT

Was wäre das für eine Bundesrepublik Deutschland, in der ein Dr. Christoph Butterwegge die Wahl als Bundespräsident gewonnen hätte? Eine andere. Und so ist es auf der 16. Bundesversammlung am 12. Februar auch bei der Wahl des Kandidaten der Großen Koalition, Frank-Walter Steinmeier (SPD), geblieben, der zudem die Unterstützung der GRÜNEN und der FDP erfuhr. Doch es lohnt sich, auch im Nachhinein, dem von der LINKEN nominierten Kandidaten Aufmerksamkeit zu widmen. Die Aussagen dieses im Oktober vergangenen Jahres emeritierten Professors für Politikwissenschaft und bekannten Armutsforschers wiegen schwer und weisen weit über die Bundespräsidenten-Wahl hinaus. Das zeigte übrigens auch deren Ergebnis. Der Hartz-IV-Mitschöpfer Steinmeier erhielt zwar auf der Bundesversammlung mit ihren 1.260 Mitgliedern rund 74% der Stimmen, blieb damit aber deutlich hinter dem erwarteten Anteil zurück. Der 2005 aus der SPD ausgetretene Hartz-IV-Gegner Butterwegge dagegen konnte doch zusätzlich eine kleine Anzahl vermutlich von linken Abtrünnigen aus dem Spektrum der SPD und der GRÜNEN überzeugen: Er erhielt 128 Stimmen, 33 mehr als die LINKEN in der Bundesversammlung hatten.

Wir nehmen hier einen Artikel aus der »DISPUT« – dem Mitgliedermagazin der LINKEN – und danken den HerausgeberInnen für die Möglichkeit des Abdrucks. Außerdem berichtet Heike Sudmann über einen Besuch von Christoph Butterwege in Hamburg. Beides ist unmittelbar vor der Wahl am 12. Februar verfasst bzw. veröffentlicht worden.

Als parteiloser Kandidat für DIE LINKE sind deine Chancen übersichtlich, denn SPD und Union haben mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier einen gemeinsamen Kandidaten. Die Grünen zieren sich, dir ihre Stimme zu geben. Warum trittst du trotzdem an?

Die Demokratie lebt von politischen und personellen Alternativen. Ich finde es ganz wichtig, dass zu dem Kandidaten von CDU/CSU und SPD ein linker Kontrapunkt entgegengesetzt wird. Und ich glaube, dass ich diese Alternative verkörpere. In der Zeit bis zur Bundesversammlung kann ich Menschen motivieren, für soziale Probleme unseres Landes sensibler zu werden. Ich möchte meine Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit tragen und für mehr Solidarität und mehr soziale Gerechtigkeit werben. In einer Abstimmungsniederlage sehe ich kein Fiasko. Da halte ich es mit Bertolt Brecht: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass ich ins Schloss Bellevue einziehe. Aber das ist nicht unbedingt das Ziel. Das Ziel ist, Alternativen in der Gesellschaft deutlich zu machen, politisch etwas anderes zu repräsentieren.

Wieso ist dir das Thema soziale Gerechtigkeit so wichtig?

Dieses Streben nach sozialer Gerechtigkeit führe ich auf mein Erleben als Kind einer alleinerziehenden Mutter in den 1950er Jahren zurück – nichtehelich geboren, aber aufs Gymnasium geschickt, Abitur gemacht, später studiert und promoviert. Als ich aufs Gymnasium kam, schlug der Klassenlehrer

das Klassenbuch auf, ging alle Namen durch und fragte, an alle gerichtet: Was ist dein Vater von Beruf? Ich wusste über meinen Vater überhaupt nichts, der spielte in meinem Leben keine Rolle und war längst weg. Es hat in mir viel Beklemmung ausgelöst, gefragt zu werden nach etwas, was für alle anderen etwas ganz Alltägliches war: der Beruf des Vaters. Der Junge, der als Sohn eines erfolgreichen Geschäftsmannes in der Stadt bekannt war, hatte von Anfang an viel bessere Chancen, eine gute Note zu bekommen, als ein Junge, der noch nicht mal wusste, was sein Vater von Beruf ist. Das ist bis heute so, und durch PISA vielfach belegt, dass die soziale Herkunft bei uns immer noch ausschlaggebend ist für den Bildungserfolg eines Kindes. Damals war das für mich ganz drastisch spürbar.

Du stammst aus Dortmund. Hat dich das Ruhrgebiet geprägt?

Ja. Meine Mutter hat dort gelebt und ich bin bis zu ihrem Tod vor zwei Jahren regelmäßig mit meiner Tochter nach Dortmund gefahren. Ich bin noch immer ein bekennender BVB-Fan, wie das halt so ist, wenn man als Junge in Dortmund aufgewachsen ist. Da kommt man an der Borussia gar nicht vorbei. Mich bewegt sehr, dass das Ruhrgebiet in jüngster Zeit neben einigen ostdeutschen Regionen zum Armenhaus der Republik geworden ist. Bisher hat man das Problem nach dem Motto abgehakt: Das gibt es in der früheren DDR, aber da ist sowieso vieles anders. Jetzt erreicht die Armut auch reiche Großstädte wie Köln und Düsseldorf. Die soziale Spaltung in Arm und Reich tritt immer deutlicher im Stadtbild hervor. Noch mehr in Gelsenkirchen, Essen und Duisburg: Dort ist es ganz offensichtlich, dass die Städte zerfallen.

Du hast dich viel mit den Folgen von Hartz IV beschäftigt. Ist Deutschland noch ein Sozialstaat?

Verglichen mit vielen anderen Ländern ist Deutschland sicherlich noch ein Sozialstaat, aber dessen Demontage ist weit vorangeschritten. Seit Bismarck waren die Menschen gegen Standardrisiken wie Krankheit, Invalidität, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit über Sozialversicherungen abgesichert. Jetzt degeneriert der Sozialversicherungsstaat mehr und mehr zu einem bloßen Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat. Diese Entwicklung hat mit der Agenda 2010 und mit Hartz IV ihre Höhepunkte erreicht. Ich bin überzeugt, dass diese Entwicklung noch politisch reversibel ist. Durch Reformen, die in eine andere Richtung gehen als in Richtung des Neoliberalismus und der Glorifizierung des Marktes, kann sie gestoppt und rückgängig gemacht werden. Es lohnt sich nach wie vor, um den Sozialstaat zu kämpfen. Aber dazu bedarf es eines neuen Aufbruchs oder eines Rucks, der durch Deutschland gehen muss. Freilich nicht wie bei Roman Herzog in Richtung von mehr Markt, Wettbewerbsfähigkeit, Konkurrenz und Elitenbogendenken, sondern eines Rucks in Richtung von mehr Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.

Nicht nur Roman Herzog, auch andere Bundespräsidenten sind durch prägnante Aussagen im kollektiven Gedächtnis

geblieben. Mit welcher Botschaft würde ein Bundespräsident Butterwege gerne im Gedächtnis bleiben?

Mir wäre wichtig hervorzuheben: Wer über den Reichtum nicht sprechen will, der sollte auch über die Armut schweigen. Und wer die Armut wirksam bekämpfen will, muss den Reichtum antasten. Ich würde klarzumachen suchen, dass Armut in einem reichen Land wie dem unseren demütigender, erniedrigender und deprimierender sein kann als Armut in einem armen Land. Armut in einem reichen Land führt zu Entsolidarisierung und zu Ausgrenzung. Man wird dafür selbst verantwortlich gemacht. Ein Jugendlicher, der im tiefsten Winter in Sandalen und Sommerkleidung auf dem Schulhof steht und von seinen Klassenkameradinnen und Klassenkameraden ausgelacht wird, der leidet wahrscheinlich mehr unter dem Gelächter als unter der Kälte. Wir machen es uns zu leicht, wenn wir sagen: Die Armut bei uns ist doch nicht die Armut in Kalkutta. Ja, das stimmt, aber diese Armut ist eben dennoch etwas, worunter man physisch und psychisch sehr stark leiden kann.

Zu welchen Maßnahmen würde ein Bundespräsident Butterwege der Politik raten?

Der sehr breite Niedriglohnsektor, welcher inzwischen fast ein Viertel aller Beschäftigten umfasst, muss zurückgedrängt werden. Das könnte man durch eine Erhöhung des Mindestlohns auf deutlich über zehn Euro erreichen, wenn auch die Ausnahmen vom Mindestlohn für bestimmte Gruppen wie Langzeiterwerbslose gestrichen würden. Mini- und Midi-Jobs müssen sozialversicherungspflichtig gemacht werden, der Leiharbeitsbereich muss deutlich ausgedünnt werden. In der Steuerpolitik muss dafür gesorgt werden, dass nicht weiterhin alle Steuern, die Wohlhabende, Reiche und Hyperreiche zahlen, sinken oder wegfallen. Wir haben eine Investitionslücke, die darauf basiert, dass die Reichen zu wenig Steuern zahlen. Wäre das anders, könnte man eine Sozial- und Bildungsinfrastruktur für sozial benachteiligte Kinder schaffen, die es ermöglicht, dass beispielsweise alleinerziehende Mütter durch qualitativ gute Kinderbetreuungseinrichtungen vollzeiterwerbstätig sein und sich gewissermaßen aus der Armut »herausarbeiten« können. Der Bundespräsident hat nur die Waffe des Wortes, d.h. er kann die Öffentlichkeit für diese Probleme sensibilisieren, er kann die Kluft zwischen Arm und Reich skandalisieren, aber er kann nicht die Politik verändern. Das müssen andere Menschen tun, die sich dafür engagieren und die Druck ausüben auf die etablierten Parteien, zum Beispiel in Flüchtlingsinitiativen, Arbeitslosenforen, Armutskonferenzen oder Bürgerinitiativen.

Bevor das Thema Armut dein Forschungsschwerpunkt wurde, hast du dir einen Namen als Rechtsextremismus-Experte gemacht. Das war Anfang der 1990er, als Rechtsextreme großen Auftrieb hatten. Anders als heute kam damals keine rechtspopulistische Partei wie die AfD auf. Wie schätzt du diese Entwicklung ein?

Der Rechtspopulismus ist eine Strömung im Rechtsextremismus, die sich als »Sprachrohr des Volkes« darstellt. Die-

se Strömung versucht so zu tun, als würde das fleißige Volk einerseits den korrupten Eliten gegenüberstehen und auf der anderen Seite von »Sozial- und Asylschmarotzern« ausgebeutet. Diesen vermeintlichen doppelten Gegensatz politisch zu betonen, ist ein Kennzeichnen von Strömungen wie der AfD. Das ist nichts Neues. Aber es hat durch die soziale Spaltung im Lande ganz enorm zugenommen. Das ist eine Entwicklung, die zu tun hat mit der Agenda 2010. Nicht, dass der Rechtspopulismus nur ein soziales Phänomen wäre. Wenn man die Menschen sozial besserstellen würde, würden der Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neofaschismus nicht automatisch verschwinden. Aber es wäre eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, weil der materielle Nährboden für soziale Abstiegsängste trockengelegt würde.

Du hast kleine Kinder. Welche Botschaft möchtest du ihnen mitgeben?

Weil ich früher eher prekäre Beschäftigungsverhältnisse hatte, hat es sich bei mir biografisch ergeben, dass ich erst in einer späteren Lebensphase, als ich beruflich fest im Sattel saß, Kinder bekam. Natürlich will ich meinen beiden Kindern und auch anderen Kindern eine Welt hinterlassen, die gerechter, sozialer, demokratischer und ökologischer ist. Ob ich das schaffe, ist etwas anderes. Ich bin der Auffassung, man

muss sich engagieren, man muss versuchen, politisch erfolgreich zu sein. Aber auch wenn man es nicht ist, ist für mich ganz wichtig, am Ende des Lebens Bilanz zu ziehen und sagen zu können: Du hast es versucht. Das ist für mich ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, das ich an künftige Generationen weitergeben will.

Du bist 2005 aus der SPD ausgetreten, aber nicht in DIE LINKE eingetreten. Warum nicht?

Als Wissenschaftler habe ich Möglichkeiten, unabhängig von einem parteipolitischen Engagement bestimmte politische Veränderungen mit anzustoßen. Zum Beispiel mit dieser Kandidatur. Aber auch unabhängig davon bin ich in den Medien präsent. In dieser unabhängigen Rolle habe ich mich gut eingerichtet. Weder verlangt DIE LINKE von mir, Mitglied zu werden, noch drängt es mich danach. Mich fragen jetzt häufiger Journalisten: Ja, hatten Sie denn in den vergangenen Jahren Kontakt zur LINKEN? Ich sage dann immer: Die Kontakte sind bei mir zuhause jederzeit gegeben. Denn meine Frau Carolin kandidiert wieder auf Platz 5 der LINKEN-Landesliste für den nordrhein-westfälischen Landtag, und ich unterstütze sie dabei. Ich glaube nicht, dass ich unbedingt nochmal in einer Partei Mitglied werden muss, sondern fühle mich in meiner Rolle des parteinahen Intellektuellen, Ratgebers und Kritikers wohl.

Engagiert & überzeugend

Heike Sudmann über den Besuch von Christoph Butterwegge in Hamburg



Elke Ehninger/Graphic Recordings (s.a. S. 17)

Christoph Butterwegge ist in den vergangenen Wochen in ganz Deutschland unterwegs gewesen und besuchte auch die verschiedenen Landtage. So war er in Kiel auf Einladung der dortigen grünen Landtagsfraktion. Da sich überraschend ein freies Zeitfenster ergab, konnte er am 18. Januar auch nach Hamburg kommen. Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE lud deshalb die gewählten VertreterInnen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP für die Bundesversammlung zu einem Ge-

spräch ein. Vermutlich der Kurzfristigkeit geschuldet, nahm an dem Gespräch neben unseren LandessprecherInnen und dem Fraktionsvorstand allerdings nur noch der CDU-Fraktionsvorsitzende teil, der sich persönlich ein Bild von dem Kandidaten der LINKEN machen wollte.

Christoph Butterwegge betonte, dass er mit seiner Kandidatur einen anderen Schwerpunkt in der politischen Diskussion setzen wolle. Während die innere Sicherheit seit Mona-

ten das beherrschende Thema sei, hob er die Bedeutung der sozialen Sicherheit vor. Ihm sei natürlich klar, dass auch mit einer besseren Sozialpolitik keine Anschläge verhindert werden könnten, doch würde der Kampf gegen die soziale Spaltung sehr vielen Menschen in Deutschland zugute kommen. Wie groß die Lücke zwischen Arm und Reich ist, konnte der gerade erschienenen Oxfam-Studie entnommen werden. Acht Milliardäre besitzen demnach genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In Deutschland haben, so Butterwege, die zwei reichsten Geschwister, Susanne Klaten und Stefan Quandt, im Jahr 2015 über 900 Mio. Euro Rendite aus ihrem BMW-Unternehmen bekommen.

Das Gespräch mit Christoph Butterwege dauerte über eine Stunde: Sozialpolitik, Internationales, Ukraine-Konflikt, Sanktionen gegen Russland (die er ablehnte und stattdessen für Verhandlungen plädierte), Wohnungs- und Mietenpolitik waren einige der Themen. Ich fand seine Argumentation und sein Verständnis einer besseren Politik sehr beeindruckend. Die Partei DIE LINKE hat wirklich eine sehr gute Wahl mit ihrem Kandidaten getroffen! Trotz der Aussichtslosigkeit bei der Bundespräsidentenwahl ist Christoph Butterwege außerordentlich engagiert und überzeugend unterwegs. Dafür können wir ihm nur unsere Hochachtung und unseren Dank aussprechen!

HSH-Nordbank: Schrecken ohne Ende

Von Heike Sudmann und Norbert Hackbusch



Volksparkstadion 2009 (Foto: wikimedia)

Bei dem ganzen Tamtam um die Eröffnung der Elbphilharmonie sind nicht nur die rd. 800 Mio. Euro Kosten für diesen Bau in den Hintergrund geraten, sondern auch die unvermindert vorhandene Bedrohung der öffentlichen Haushalte durch die HSH Nordbank. Wurden bisher die entsprechenden Warnungen der Fraktion DIE LINKE in Hamburg als übertrieben abgetan, meldete sich nun im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf Ministerpräsident Albig zu Wort. Möglicherweise müssten Hamburg und Schleswig-Holstein weitere Belastungen von 16 Mrd. Euro für die marode HSH Nordbank tragen. Das könnten die beiden Bundesländer nicht alleine bezahlen, dafür bräuchten sie Hilfe vom Bund und der EU.

Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE hatte für die Bürgerschaftssitzung am 1. Februar einen Antrag eingebracht, der eine unabhängige Untersuchung der Schiffsportfolios der HSH fordert und u.a. auch prüfen lassen soll, inwieweit das Vermögen säumiger SchuldnerInnen heranzuziehen ist. Damit sollen Fälle wie der des Reeders Bernd Kortüm verhindert werden. Diesem wurden im letzten Jahr 548 Mio. Euro erlassen – Herr Kortüm kann sein Leben als reicher Reeder fortführen. Ähnliche Fälle gab es schon in Bezug auf einige Schiffsfinanzierer wie die MPC oder HCI (jetzt Ernst Russ). Die HSH Nordbank scheint einen Selbstbedienungsladen für

die reiche Hamburger Reederschaft aufgebaut zu haben, zu lasten der Länder Hamburg und Schleswig Holstein. Eine Untersuchung von Institutionen unabhängig von der Schiffferei kann eine Möglichkeit sein, Belastungen von den Ländern noch abzuhalten, nachdem der Antrag der Linksfraktion im letzten Jahr abgelehnt wurde, die Bank nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz aufzulösen.

Nachfolgend dokumentieren wir den von SPD, GRÜNEN, CDU und AfD abgelehnten Bürgerschaftsantrag der LINKEN, für den interessanterweise die FDP stimmte (Drs. 21/7607 vom 18.1.2017):

HSH Nordbank/HSH Portfoliomanagement AöR, Transparenz und Schadensbegrenzung ermöglichen: Unabhängige Untersuchung des HSH Nordbank Schiffsportfolios jetzt!

Die finanzielle Situation der HSH Nordbank und der PoMa (Portfoliomanagement AöR) entwickelt sich dramatisch. Wurde im Jahre 2013 noch davon ausgegangen, dass die Länder-Garantie nicht in Anspruch genommen wird, spricht jetzt der Vorstandsvorsitzende der HSH von einer vollständigen Inanspruchnahme! Das bedeutet: Hamburg und Schleswig-Holstein werden mit (mindestens) 10 Mrd. Euro belastet. Zudem

geht der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Torsten Albig, an die Öffentlichkeit mit der erheblich weitergehenden Befürchtung, der Schaden von über 16 Mrd. Euro zulasten der Länder würde über die finanziellen Möglichkeiten der beiden Bundesländer gehen.

Mit dem Schuldenerlass durch die HSH Nordbank zugunsten des Reeders Bernd Kortüm wurde der Stadt in den letzten Monaten ein konkretes Beispiel für »Restrukturierungen« zulasten der Steuerzahler_innen vor Augen geführt. Der Forderungsverzicht in Höhe von über 548 Mill. Euro stellt eine riesige Belastung der öffentlichen Haushalte von Hamburg und Land Schleswig Holstein dar, während Herr Kortüm weiterhin ein Leben als reicher Reeder fortführen kann. Auch im Falle des Unternehmens MPC wurde zum Jahreswechsel 2012/2013 auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag von Seiten der HSH verzichtet. Als Konsortialführerin erließ die HSH Nordbank MPC Verbindlichkeiten von über 800 Mio. Euro, mehr als die Hälfte davon HSH-Kredite. Nach Aussage der Schleswig-Holsteinischen Finanzministerin Heinold werden wohl weitere Schuldenerlasse an Reeder_innen erfolgen.

Diese Ungeheuerlichkeiten erstrecken sich auch auf die neugegründete HSH Portfoliomanagement AöR, kurz PoMa. Diese ländereigene HSH Portfoliomanagement AöR musste im Auftrage der Länder ein notleidendes Schiffsportfolio über 5 Mrd. Euro von der HSH Nordbank übernehmen. Dieses Portfo-

lio hatte laut Gutachten lediglich einen Marktwert von 2,4 Mrd. Euro. Dieses wurde festgestellt von *PriceWaterhouseCoopers* (PwC), die gleichzeitig als neuer Wirtschaftsprüfer der HSH Portfoliomanagement AöR engagiert wurden. Nach genau drei Monaten wurden auf diese Summe bereits mehr als 340 Mill. Euro abgeschrieben mit der Aussicht, dass das Portfolio kaum noch werthaltig sei. In Schleswig-Holstein wurde der Öffentlichkeit präsentiert, dass 98% dieses an die Länder übertragenen Schiffskreditpaketes zu 100% ausfallgefährdet seien.

Diese Milliardenverluste und die ungeheuerlichen Umstände rufen nach anderen Wegen. Voraussetzung dafür ist eine größtmögliche Transparenz, die allerdings mit dem Hinweis auf die Schutzrechte der Eigentümer_innen und Kreditnehmer_innen von den beiden Landesregierungen hartnäckig verweigert wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Unter Federführung der Rechnungshöfe von Hamburg und Schleswig Holstein wird eine unabhängige Untersuchung des an die PoMa übertragenen Schiffsportfolios durchgeführt. Dabei gilt es Folgendes zu beurteilen: Die Entwicklung der betroffenen Schiffskredite und des Portfolios, die Rechtmäßigkeit der Verträge, die Möglichkeiten, Vermögen der säumigen Schuldner_innen heranzuziehen und mögliche Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht der HSH Nordbank.

Wer trägt die Verantwortung?

Joachim Bischoff über das schlimmste Finanzdebakel aller Zeiten in Hamburg



Elke Ehninger/»Graphic Recordings« (s.a. S. 17)

Der bekannte Ökonom Professor Hellwig hatte im Jahr 2013 in einer öffentlichen Anhörung den SPD-Senat und den amtierenden Finanzsenator Tschentscher vor einer Wiedererhöhung der Garantien für die HSH-Nordbank auf 10 Mrd. Euro gewarnt. Heute konstatiert der Wissenschaftler: »Eine öffentliche Diskussion haben die Verantwortlichen in der Bank und den Regierungen erfolgreich unterbunden, durch Vertuschen, Beschönigen und Verweigern von Antworten.«

In der Tat: Heute will kein Akteur in Politik und Medien für das riesige Finanzdebakel Verantwortung übernehmen. Professor Hellwig hatte 2013 dringlich darauf hingewiesen, dass die Senatsvorlage für die Erhöhung der Garantie ein großer Fehler sei:

Die Vorlage des Senats an die Bürgerschaft biete keine ausreichende Informationsgrundlage für eine sachkundige Beratung und Beschlussfassung im Landesparlament. Dieses solle

daher die Vorlage zurückweisen und die Beschlussfassung vertagen, bis eine Unterlage vorgelegt wird, die hinreichend informativ und verlässlich ist.

Die Vorlage erwecke den Eindruck, die haushaltsrechtlichen Risiken der vorgeschlagenen Maßnahme seien gering. Dies werde nicht glaubhaft begründet. Ausführungen in der Vorlage zu erwarteten Entwicklungen und Risiken verwiesen im Wesentlichen auf Aussagen und Modellrechnungen der Bank und würden ansonsten nicht weiter begründet oder belegt. Die Vorlage enthalte nicht einmal eine konsistente und nachvollziehbare Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Kennzahlen der Bank.

Die Einschätzungen der Bank zur weiteren Entwicklung der Schifffahrtskrise seien unrealistisch.

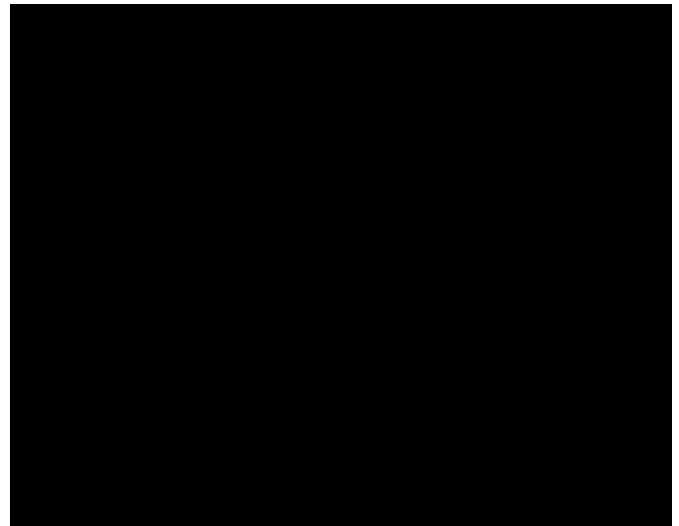
Rückstellungen bzw. Abschreibungen für Schiffskredite, soweit aus den veröffentlichten Zahlen erkennbar, blieben deutlich hinter den Rückstellungen bzw. Abschreibungen anderer Banken zurück und das, obwohl das Engagement der HSH bei Schiffsfinanzierungen deutlich größer sei als das anderer Banken.

Die Vorlage versuche, den Eindruck zu erwecken, dass die Garantie nicht benötigt werden würde und dass die Risiken für die SteuerzahlerInnen vernachlässigt werden könnten. Eine solche Aussage sei nicht damit zu vereinbaren, dass die Garantie den Wert der risikogewichteten Anlagen der Bank reduziere. Eine solche Reduktion sei überhaupt nur möglich, wenn eine positive Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, dass die Garantie in Anspruch genommen wird, die hsh finanzfonds AöR also für mehr als 7 Mrd. Euro an Verlusten des Sunrise-Portfolios aufkommen müsse.

Die in der Senatsvorlage angesprochene Möglichkeit, dass hsh finanzfonds AöR Wertpapiere aus dem Sunrise-Portfolio »zu Marktwerten« kaufe und die Verluste unter der Sunrise Garantie abrechne, sei sowohl unter EU-rechtlichen Aspekten wie unter ökonomischen Gesichtspunkten fragwürdig.

Selten hat ein amtierender Senat ein so eindeutiges Zeugnis der Inkompetenz ausgestellt bekommen. Auch das »Hamburger Abendblatt«, das einen großen Anteil an der erfolgreichen Vertuschung mitträgt, ist am 23. Januar 2017 auf Distanz gegangen und hat seine LeserInnen auf das drohende Finanzdebakel vorbereitet. Bei aller Verantwortlichkeit für den Gesamtverlust von mindestens 20 Mrd. Euro für die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein vonseiten der SPD und Grünen kann man in der Tat die These vertreten, dass vor allem die CDU und ihr ehemaliger Finanzpolitiker Peiner in besonderem Maße für diese Schädigung der Gemeinwesen verantwortlich sind. Gegen diese vermeintlich einseitigen Schuldzuweisungen wehrt sich Wolfgang Peiner (CDU), von 2001 bis 2006 Finanzsenator in Hamburg und späterer HSH-Aufsichtsratsvorsitzender.

Seine Gegenthese: Um die Entwicklung der Bank zu verstehen, müssen wir uns vor Augen führen, dass deren Gründung ein Gemeinschaftswerk von Hamburg und Schleswig-Holstein war, einvernehmlich getragen von CDU und SPD. Auch für die Privatisierung der Bank und für die Abwicklung der Altrisiken tragen beide Parteien gemeinsam eine Verantwort-



tung, auch wenn diese Erkenntnis für manchen schmerzhaft ist. Wegducken können sich auch nicht die VertreterInnen der Gesellschafter und die Mitglieder des Aufsichtsrats. Sie haben die Schwäche und Schwächen des Vorstands zu spät erkannt. Er habe sich dazu bekannt, Heide Simonis ebenfalls. So etwa Peiners Perspektive.

Hinter der Behauptung von einer gemeinsamen Verantwortung verschwindet der zentrale Gesichtspunkt, dass Peiner für das Geschäftsmodell »Sichere Rendite aus dem Kreditsatzgeschäft« und damit die Weiterentwicklung der regionalen HSH-Bank zu einer international agierenden Kapitalmarktbank die Verantwortung trägt. In der Tat haben alle Verantwortlichen damals Peiner machen lassen. Heute kann er daher festhalten: »Kritik an der Strategie der Bank, der Entwicklung ihres Geschäftsvolumens und ihrer Pläne zur Privatisierung ist in meiner Amtszeit als Finanzsenator von keiner Seite geäußert worden. Ich wurde zum 1.1.2007 auf Wunsch aller Gesellschafter Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank. Erst ich als Aufsichtsratsvorsitzender habe im Frühjahr 2008 eine Wende in der Expansionsstrategie verlangt und durchgesetzt – gegen den Widerstand des Vorstands.«

Ja, die Bankenkrise zeichnete sich bereits 2007 ab und Peiner verlangte spät, aber als erster, die Bank sturm- und wetterfest zu machen. »Aber Schuld an der Misere«, so Peiner, habe nicht der Aufsichtsrat und er selbst schon gar nicht: »In den zwei Jahren, in denen ich Aufsichtsratschef war, habe ich keine Fehler gemacht.« Im Gegenteil: Er sei es gewesen, der die Bank im Frühjahr 2008 mit einer neuen Strategie »wetterfest« gemacht habe. Und er habe schon im September auf einen Abbau des »viel zu großen Wertpapierportfolios« gedrängt. Doch kurz darauf ging die amerikanische Investmentbank Lehman Pleite, und es kam auch noch die Wirtschaftskrise. »Ohne die wären wir vernünftiger durchs Jahr gekommen.«

Als Mitglied des Untersuchungsausschusses habe ich damals schon dieser Vertuschung widersprochen: Die Wirtschaftsprüfer von KPMG hatten über 300 Verstöße in der Geschäftsorganisation der HSH Nordbank moniert. Es gab bis zum Ausbruch der Immobilienkrise im Jahr 2007 keine kon-

krete Strategie für das Kreditsatzgeschäft. Die Dokumentation der Handlungen und Entscheidungen von Vorstand und Aufsichtsrat war völlig unzureichend. Businesspläne wurden im Umlaufverfahren genehmigt und die Geschäftsorganisation war zu sehr marktorientiert. Es fehlte eine geschäftsfeldübergreifende Organisation in der Bank. Die interne Revision war unzureichend ausgestattet. Diese Schwächen und Verstöße gegen bankrechtliche Regelungen wurden für das Jahr 2008 festgestellt, hatten sich aber in den Jahren davor aufgebaut. Alles dies führte zu der bitteren Konsequenz: Die Vermögens- und Ertragslage der Bank war über Wochen unklar. Dies drückt nicht nur Pflichtverletzungen der Vorstände aus, sondern gleichfalls des Aufsichtsrates. Das Argument von Herrn Peiner, die Operation »wetterfest« belege, dass er im Frühjahr 2008 auf eine Änderung der desolaten Zustände gedrängt habe, überzeugt nicht. Bereits im Herbst 2007, vor allem im letzten Quartal, war die Bank existenziell gefährdet. Dies belegen die Aufsichtsratsprotokolle und die Ausarbeitung der internen Revision sowie der Jahresbericht der Wirtschaftsprüfer für das Jahr 2008 inklusive der eingeschlossenen vertieften Prüfungsschwerpunkte. Herr Peiner will sich durch allgemeine Aussagen eine Entlastung verschaffen.

Meine Erwartung, dass Herrn Peiner im Untersuchungsausschuss Unterlassungen und Pflichtverletzungen nachgewiesen werden können, hat sich nicht erfüllt. Peiner war über lange Jahre der wohl einflussreichste CDU-Politiker in Hamburg. Bundesfinanzminister Schäuble behauptete 2011 forsch: »Wolfgang Peiner hat sich um die Stadt verdient gemacht«. Seine Begründung: »Peiner war ein erfolgreicher Manager, und er war ein erfolgreicher Politiker – und er hat zwischen beiden gewechselt.« Und der CDU-Politiker erinnerte mit milder Süffisanz an ein direktes bundespolitisches Engagement Peiners: »Er war von 2001 bis 2006 Schatzmeister der CDU. Das war zumindest teilweise ein Himmelfahrtskommando«, sagte Schäuble, der dem Hamburger attestierte, die Finanzen der Bundespartei saniert zu haben. Vor allem erwies sich Schäuble als präziser Kenner der Hamburger Verhältnisse und erinnerte an das Konzept der »wachsenden Stadt«, das Peiner maßgeblich entworfen hatte. Die Umsetzung der Idee habe dazu geführt, dass die Bevölkerungszahl gestiegen sei und es ein überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaftskraft und der Beschäftigtenzahl gegeben habe. »Die soziale Spaltung in Hamburg ist geringer geworden«, behauptete der Bundesfinanzminister zudem. Entscheidend für den Erfolg des Konzepts sei gewesen, dass Peiner an den Anfang »die ungeschönte, präzise Bestandsaufnahme« gestellt habe. Der Vergleich mit anderen Millionenstädten habe zu einer Analyse der Stärken und Schwächen geführt. »Wolfgang Peiner hat dabei immer gewusst, dass die Stadt mehr ist als die Ansammlung von Wirtschaftskraft.« Richtig ist zweifellos: Peiner war der wesentliche Vordenker und Akteur der Konzeption der wachsenden Stadt, die unter Bürgermeister Ole von Beust das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in Hamburg maßgeblich geprägt hat. Die CDU hatte sich mit dem Leitbild »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« für eine

Wachstumsstrategie eingesetzt und diese dann ab 2001 mit unterschiedlichen politischen Koalitionen in die gesellschaftliche Praxis umgesetzt. Das Leitbild war keine Ansammlung von Einzelmaßnahmen, sondern ein Gesamtkonzept bzw. eine auf mittlere Frist angelegte gesellschaftspolitische Strategie. In diese Konzeption wurden die Ansätze der Vorgängersenate der SPD integriert – wie die HafenCity – und gestützt auf die hamburgische Unternehmenslandschaft ein Plan für die Umgestaltung der Stadt verfolgt. Peiner wörtlich: »Wir wollen damit die Kräfte bündeln, die Schlagzahl erhöhen, aber auch einen Bewusstseinswandel anstoßen. Vor allem wollen wir aber Dinge umsetzen.«

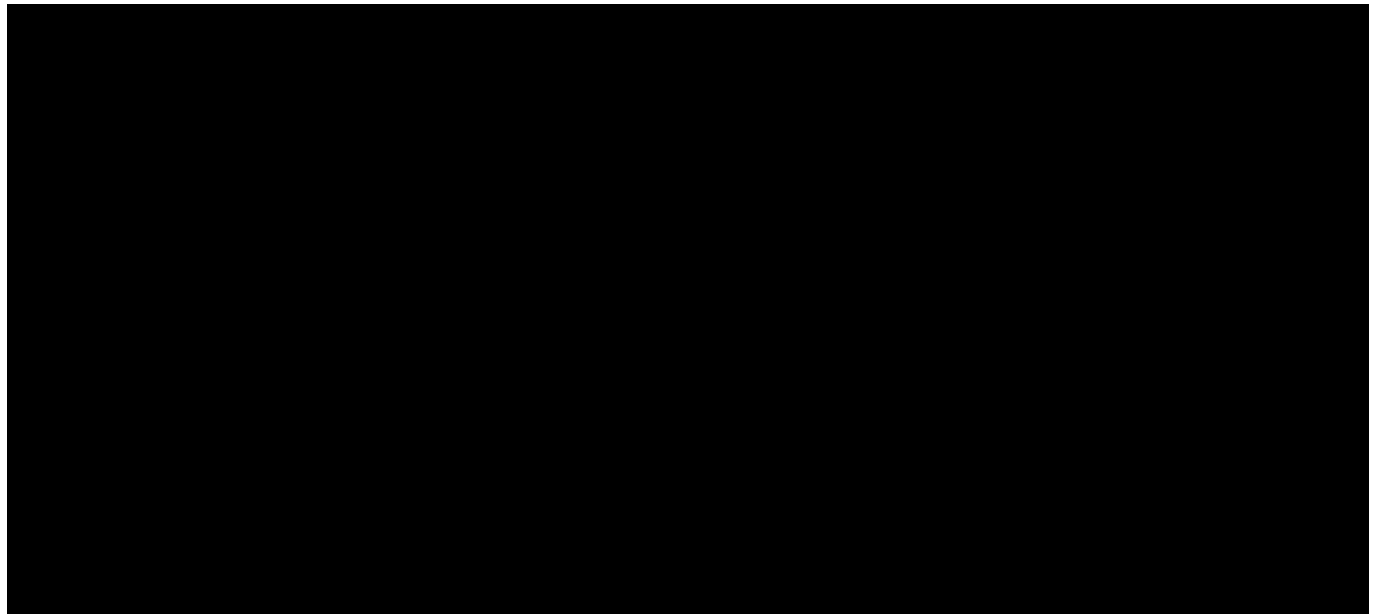
Das Credo der CDU-Politik nicht nur in Hamburg war in den Jestedburger Beschlüssen fixiert: »Eine stringente Privatisierungspolitik ist ein wichtiges Mittel, um einerseits die Staatsquote zu reduzieren und andererseits wieder zum Wettbewerb als zentralem Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren. Trotz vieler Detailfragen, die für den Einzelfall von Bedeutung sein können, sollte die Vermutung gelten, dass alles, was der Staat neben der Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben ausübt, besser von Privaten erledigt werden kann. Zu beachten ist auch die überaus hohe Verschuldung der Hansestadt. Verkaufserlöse sollten in erster Linie zur Kredittilgung mit der Folge der Zinsentlastung eingesetzt werden. Auch die Veräußerung von Zuschussunternehmen entlastet den Haushalt, wie am Beispiel der (Teil-)Privatisierung des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK) deutlich wird. Mit der (Teil-)Privatisierung des Landesbetriebes Krankenhäuser haben Senat und CDU-Bürgerschaftsfraktion gegen erhebliche Widerstände eine für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger als auch Stadt richtige Entscheidung getroffen, die mittelfristig für alle Seiten von Vorteil sein wird.«

Der Kern des Leitbildes »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« zielte darauf ab, dass Hamburg seine Metropolfunktion ausbaut, national wie bezogen auf das Umland, und dass es seine Rolle im Ranking der Weltstädte verbessert. Zum anderen bringt der Titel des Leitbildes zum Ausdruck, dass Hamburg wachsen will, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Dabei geht es nicht um Wachstum um jeden Preis, sondern es steht ein qualitativer Anspruch dahinter. Das Wachstum sollte gesteuert, nachhaltig und Ressourcen schonend erfolgen. Hamburg sollte sich auf die Lage am Wasser besinnen und an beiden Seiten der Elbe wachsen. Gerichtet war diese Konzeption gegen sozialdemokratische Selbstzufriedenheit.

Die Bau- und Finanzruinen dieser Politik sind so wenig verarbeitet, wie für den wachsenden Wohnungsmangel und die soziale Spaltung eine Konzeption zur Verbesserung erkennbar ist. Das große Finanzdebakel kann eine Mahnung sein, dass Privatisierung und Deregulierung gefährliche Irrwege sind. Die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ist keine Erfindung der Neuzeit. In einer Anzeige des Rates vom 28. Oktober 1710 schrieb der Hamburger Senat seinerzeit die beabsichtigte »Verpachtung der Gassen-Reinigung« aus und erteilte hierfür ein Mandat für einen »Gassen-Pächter« am 12. Juni 1711.

»Für den Belastungsfall geschlossen«

Christiane Schneider über den Staatsvertrag mit Schura, DITIB Nord und VKIZ



Der Bürgerschaftssitzung am 1. Februar lagen drei Anträge zum Thema Staatsvertrag der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) mit den drei islamischen Religionsgemeinschaften Schura, DITIB Nord und VKIZ¹ vor. Die AfD und die FDP zielten auf die Kündigung des Vertrags mit allen drei Verbänden, die CDU wollte die Regelungen des Vertrags für DITIB Nord solange aussetzen, bis durch ein neues Gutachten² geklärt sei, ob dieser Verband noch als Religionsgemeinschaft gelten könne. Anlass der Anträge waren diffamierende Karikaturen (Weihnachten und Silvester betreffend), die auf einigen Websites von DITIB-Verbänden veröffentlicht worden waren, und mehrere Fälle, in denen DITIB-Imame in NRW und Bayern vermeintliche Gülen-Anhänger bespitzelten (die Gülen-Bewegung wird für den Putschversuch in der Türkei verantwortlich gemacht) und »Informationen« an die türkische Regierung weitergegeben haben – hier ermittelt die Bundesanwaltschaft.

Alle Anträge wurden abgelehnt, auch ihre Überweisung in einen Ausschuss. Mehrheitlich verabschiedet wurde stattdessen ein Antrag von SPD/GRÜNEN, der im Wesentlichen Gespräche mit DITIB ankündigt mit dem Ziel, »das gemeinsame Verständnis der in diesen Verträgen niedergelegten gemeinsamen Wertgrundlagen zu klären und die bislang gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortführen zu können«.

Kurz vor der Sitzung hatte sich das Interreligiöse Forum per Appell an Bürgerschaft und Senat gewandt, »an den Staatsverträgen festzuhalten«. Denn die Verträge böten das Instrumentarium, auftretende Probleme und Konflikte zu bearbeiten und zu lösen. Deshalb sei es nicht konstruktiv, die Kündigung ausgerechnet in einer Situation zu fordern, in der diese Form des institutionalisierten Dialogs dringend gebraucht werde (<http://ifh.hamburg/>).

Die Linksfraktion hatte die Abstimmung zu den Anträgen freigegeben. Anders als 2013, als sie bei ebenfalls freigegebener Abstimmung geschlossen den Verträgen zustimmte, fand sie in dieser Krise des Vertrags nicht zu einer gemeinsamen Position. Das hängt mit der Vielschichtigkeit der Probleme zusammen und wohl auch damit, dass Konflikte über Fragen der Religion und über Auffassungen zu ihrer Rolle in der Öffentlichkeit bestehen. Ich will die Konflikte hier nicht darstellen, weil ich anderen Positionen nicht gerecht würde, sondern begründen, warum ich dem Antrag von SPD und Grünen zugestimmt habe.

Für mich – ich selbst bin religionsfern, aber religionsinteressiert – haben der Vertrag mit den islamischen Religionsgemeinschaften und der gleichzeitig geschlossene Vertrag mit der alevitischen Gemeinde große Bedeutung. Nachdem die FHH bereits Staatsverträge mit der evangelischen und der katholischen Kirche sowie der jüdischen Gemeinde abgeschlossen hatte, folgten 2012 die Verträge mit Religionsgemeinschaften, die ganz überwiegend von MigrantInnen der ersten, zweiten oder dritten Generation getragen werden. Sie formulieren die im Grundgesetz garantierte Religions- und Bekenntnisfreiheit vertraglich aus – und anerkennen bzw. bekräftigen damit die staatsbürgerlichen Rechte der muslimischen MitbürgerInnen und AlevitInnen. Der Vertrag mit den islamischen Gemeinschaften hat vor allem eine starke symbolische Wirkung – die Kündigung oder Aussetzung hätte sie

¹ www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf

² Während der Verhandlungen wurden von unabhängigen Gutachtern zwei Gutachten erstellt, die die Frage erörtern, ob den drei Verbänden die Eigenschaft als Religionsgemeinschaften zukomme. Das wurde bejaht, auch für DITIB.

ebenfalls, gerade in Zeiten des drohenden weltweiten »Kulturkampfes«.

Zunehmende Islamophobie und ...

Der »Kampf gegen den Islam« ist auf absehbare Zeit eines der zentralen Projekte der politischen Rechten. Die zunehmende Islamophobie dient der »Identitätsbildung«, denn sie unterscheidet klar zwischen dem »Wir« und dem »Sie«. Die Islamophobie fällt auf fruchtbaren Boden, weil sie vorgibt, durch Polarisierung in einer zunehmend unübersichtlichen Welt Übersichtlichkeit und Ordnung wiederherzustellen. Islamophobe Strömungen haben – mehr oder weniger in ganz Europa – ihren Aufschwung genommen in dem Maße, wie die Muslime und Muslima, früher vor allem »Gastarbeiter«, sich heute nicht mehr in Hinterzimmern und Hinterhofmoscheen verstecken, sondern sich stärker im öffentlichen Raum zeigen. Beispielsweise, wenn muslimische Frauen auf der Straße und in öffentlichen Einrichtungen ein Kopftuch tragen, mit anderen Worten, wenn der Islam, wenn islamisch geprägte Kultur sichtbar wird. Das Sichtbarwerden hängt wesentlich damit zusammen, dass die MigrantInnen aus dem islamisch geprägten Kulturraum, gläubige wie nicht-gläubige, sich längst nicht mehr mit der Rolle des »Gastarbeiters« begnügen, sondern gleichberechtigte Teilhabe beanspruchen und das Stoppschild »Zutritt verboten«, das sie aus Bereichen des Öffentlichen, aus Bildungslaufbahnen, aus Berufen ausgeschlossen hat, nicht mehr akzeptieren. Sie werden als Konkurrenz empfunden. Aber auffällig und irritierend und damit Kristallisationspunkt sind vor allem die sichtbaren Zeichen des Islam wie Moscheen, die als Moscheen zu erkennen sind, wie das Kopftuch oder der Halal-Laden. Auf dieses sichtbare »Andere«, »Fremde« reagiert die islamfeindliche Mobilisierung. Sie will die Zurückdrängung und Deklassierung all dessen, was nicht »unserer Identität«, »unseren Werten und unserer Kultur« entspricht. Die Islamophobie ist anschlussfähig; sie nimmt die konservative Idee der »Leitkultur« auf und treibt sie auf die Spitze.

... Erdogans langer Arm

Ist die gegenwärtige Krise der Verträge also auf das Erstarken islamophober Strömungen zurückzuführen? So einfach ist es tatsächlich nicht. Auch wenn gegen DITIB Nord, den Vertragspartner, keine konkreten Vorwürfe erhoben werden konnten, sind die Vorwürfe gegen den Gesamtverband dieser Organisation ernst zu nehmen. Das hängt mit der Verfasstheit von DITIB und vor allem mit der politischen Entwicklung in der Türkei zusammen. Der bundesweite Islam-Verband DITIB und seine Mitgliedsverbände sind seit jeher eng mit der türkischen Regierung verflochten. DITIB untersteht der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyanet), das wiederum dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert ist. Der Chef des Diyanet ist zugleich Vorsitzender im mächtigen »Beirat« von DITIB. Die Imame werden aus der Türkei entsandt und sind de facto Beamte des türkischen Staates, in erheblichen Teilen vom jeweiligen Konsulat be-

zahlt. Diese Problematik war bei der Aufnahme und beim Abschluss des Vertrags bekannt – aber sie hat sich erheblich verschärft.

Verschärft hat sie sich durch die Entwicklungen in der Türkei, und zwar in dem Maße, wie Erdogan das Land in eine autoritäre Demokratie und auf den Weg zu einer Diktatur bringt und das Regime türkisch-stämmige MigrantInnen in Deutschland für nationalistische Mobilisierung und DITIB für die Bespitzelung und Verfolgung Andersdenkender in Anspruch nimmt. Über politische Netzwerke und Organisationen, aber eben auch über DITIB-Moscheen reicht Erdogans langer Arm bis nach Deutschland. Die Anwerbung von Imamen für geheimdienstliche Tätigkeit ist ein ungeheuerlicher Vorgang.

Das muss von den vielen tausend MigrantInnen hier in Hamburg, die in Opposition zu Erdogans Politik stehen, deren Freunde, Bekannte und Verwandte in existenzielle Not, ins Gefängnis oder auch ums Leben gekommen sind, deren politische Vertreter in der Türkei, die sie als StaatsbürgerInnen mit zwei Pässen gewählt haben, verfolgt und mundtot gemacht werden, zu Recht als ernsthafte Bedrohung verstanden werden.

Die alevitische und die kurdische Community, türkisch-stämmige Oppositionelle und Andersgläubige müssen sich in Deutschland, auch in Hamburg, vor Erdogan sicher fühlen können. Sie dürfen nicht Angst haben, dass Erdogans verlängerter Arm sie bedroht. DITIB Nord hat sich u.a. von der Bespitzelung durch Imame eindeutig distanziert. Das ist wichtig, aber nur ein erster Schritt. DITIB muss, auch hier in Hamburg, einen Schnitt machen und sich aus dem organisatorischen und politischen Einfluss durch das Regime Erdogan lösen. Das ist nicht leicht, vor allem wegen der auch finanziellen Abhängigkeit, aber es ist unverzichtbar.

In dieser nicht ganz einfachen Situation bin ich froh, dass es den Vertrag gibt. Verträge werden für den Belastungsfall geschlossen. Der Vertrag fixiert in Artikel 2 (»Gemeinsame Wertegrundlagen«) die grundgesetzliche Ordnung, insbesondere die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Geltung der Grundrechte usw. Er hält in Artikel 13 Konfliktregularien für den Fall bereit, dass Zweifel an dem Verhalten eines der Vertragspartner bestehen. Die Vertragspartner verpflichten sich, ggfs. zu Gesprächen und Erklärungen über Verhaltensweisen, die die Inhalte des Vertrags berühren, zur Verfügung zu stehen. Die Konfliktregularien müssen meines Erachtens ausgeschöpft werden, bevor sich die Frage der Kündigung oder Aussetzung überhaupt stellt. Andernfalls, so fürchte ich, ist die symbolische Wirkung für die Muslime in Hamburg, und keineswegs nur für die Muslime, die Mitglied von DITIB-Moscheen sind, verheerend.

Inzwischen, so mein Eindruck, finden auf den verschiedenen Ebenen, zwischen verschiedensten PartnerInnen auf interreligiöser Ebene und zwischen muslimischen sowie anderen Religionsgemeinschaften und politischen VertreterInnen intensive Gespräche statt. Und das ist gut so.

Die Abschiebungen aus Hamburg halten an

Von Christiane Schneider



Demo am 11.2.2017 (Foto: Christiane Schneider)

Inzwischen hat die Bundesregierung zwei Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchgeführt, und in beiden Fällen hat sich Hamburg an der Abschiebung in das von Terror, Gewalt und Krieg geprägte Land beteiligt. Im Innenausschuss wurde unser Antrag auf Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan von allen anderen Fraktionen abgelehnt – bitter. Der Senat hat inzwischen eine »Prioritätenliste« für die weiteren Abschiebungen veröffentlicht. Demnach werden zuerst

vorrangig gewordene Menschen und allein reisende männliche Geflüchtete nach Afghanistan abgeschoben, Frauen, Alte, Familien sollen danach »derzeit« nicht bedroht sein.

Am 11. Februar demonstrierten in 23 bundesdeutschen Orten und Städten von Nürnberg bis Hamburg und Erfurt bis Trier etliche tausend Menschen gegen die Abschiebungen nach Afghanistan. Allein in Hamburg waren es nach Polizeiangaben trotz des feucht-kalten Wetters rund 2000.

Aufarbeitung der Diskriminierung!

Über eine Anfrage der LINKEN zu Sinti und Roma in Hamburg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs



»Aufarbeitung der Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945« – so ist eine Große Anfrage der Linksfraktion betitelt, die sie am 16. Februar zur Bearbeitung und Beantwortung beim Senat eingereicht hat. Mitte März liegt dann das Ergebnis vor, und das Thema wird uns auch in den nächsten Ausgaben des »BürgerInnenbriefes« beschäftigen. Wir dokumentieren hier die von Surya Stülpe erarbeitete Einleitung.

Sinti, Sinteze, Roma und Romni leben schon seit vielen Jahrhunderten, zum Teil als deutsche Staatsbürger_innen, in Hamburg. Historiker_innen weisen nach, dass Sinti seit Anfang des 14. Jahrhunderts in Norddeutschland ansässig sind. Im Laufe der Jahrhunderte kamen immer neue und andere Gruppen aus unterschiedlichen Regionen Europas, um sich in Deutschland und auch in Hamburg niederzulassen. Roma wanderten ab Mitte des 19. Jahrhunderts, als dort die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, aus Osteuropa zu.

Ebenfalls viele Jahrhunderte alt ist die Diskriminierungsgeschichte von Sinti und Roma¹ in Europa, Deutschland und auch in Hamburg. An einigen Orten als begabte Handwerker geschätzt, wurden Sinti andernorts als »Zigeuner« für »vogelfrei« erklärt und durften ungestraft verjagt und ermordet werden. Vielerorts verwehrten ihnen die Zünfte die Ausübung ihres Handwerks, und viele deutsche Landesherren verboten ihnen den Aufenthalt in ganzen Regionen. Es folgten Zeiten der »Integration unter Zwang«, in denen ihnen die Verwendung ihrer Sprache und Kultur verboten wurde und sie sesshaft gemacht werden sollten. Ab 1886 wurden »Zigeuner ohne deutsche Staatsangehörigkeit« ausgewiesen.

Wie in vielen deutschen Städten wurden ihnen auch in Hamburg lange Zeit der Zutritt in die Stadt verwehrt und eine Arbeitsaufnahme oder Wandergewerbescheine verweigert.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Verfolgung der europäischen Sinti und Roma durch Deutschland unter Zustimmung und Beteiligung großer Teile der Bevölkerung mit dem Völkermord (Porajmos²) eskaliert. Die genaue Zahl der Opfer ist bis heute nicht bekannt. Schätzungen gehen aus von bis zu 500.000 Todesopfern. 90% der Hamburger Sinti und Roma wurden von den Nazis deportiert und ermordet. Die Polizeien und insbesondere die Reichskriminalpolizei spielten dabei eine wichtige Rolle.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Leidensgeschichte der überlebenden Sinti und Roma nicht vorbei. Ihre Lebensbedingungen waren wieder von gesellschaftlicher Ausgrenzung und daraus resultierender Armut geprägt.

Der Völkermord an den Sinti und Roma durch Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg lange geleugnet und dann nur in geringem Ausmaß erforscht. So ist zum Beispiel die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen zum Porajmos sehr überschaubar. Die offizielle Anerkennung, dass es einen Völkermord gegeben hat, ließ bis 1982 auf sich warten.³ Auch der Bundesgerichtshof bestritt lange Zeit die rassistische Intention der Nationalsozialisten für die Verfolgung und argumentierte dabei selbst antiziganistisch.⁴

In der Bevölkerung hielten sich stereotype Zuschreibungen und Ignoranz gegenüber Sinti und Roma hartnäckig. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in den Behörden, die für »Zigeunerfragen« zuständig waren, bewirkten, dass eine massiv antiziganistische Politik einfach fortgeführt wurde. Lange Zeit wurde eine Thematisierung und Erforschung des Völkermords aktiv verhindert. Die Erfassung der überlebenden Sinti und Roma wurde nahezu übergangslos weitergeführt. Selbst die alten NS-Akten wurden in die neuen Bestände überführt und dienten z.T. noch jahrzehntelang den Behörden beispielsweise für Personenauskünfte.

Ebenso war die deutsche Entschädigungspolitik viele Jahrzehnte durch Antiziganismus geprägt: »Es gehört zu den besonderen Grausamkeiten der deutschen Entschädigungspolitik nach 1945, dass die Wiedergutmachungsbehörden in vielen Fällen bestritten, dass die Antragsteller aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren.« (Landesverein 9)

Auch in Hamburg versuchten Politik und Behörden bald wieder Maßnahmen gegen Sinti und Roma zu verankern. Die

systematische Erfassung von Angehörigen der Minderheiten wurde fortgeführt. Das erste Gesetz der Bundesrepublik, welches sich (implizit) gegen Sinti und Roma wandte, wurde laut Knittermeier am 19. Dezember 1952 in Hamburg erlassen.⁵

Die Wiedergutmachungspolitik war auch in Hamburg vielfacher Kritik ausgesetzt. Ein z.T. ungeheuerlich diskriminierendes Vorgehen des Amtes für Wiedergutmachung Hamburg belegt Pross.⁶ In seinen Forschungen führt er mehrere Schicksale Hamburger Sinti und Roma an, die in z.T. jahrelangen Wiedergutmachungsverfahren von ehemaligen SS- oder NSDAP-Leuten »begutachtet« wurden und denen noch im Wiedergutmachungsverfahren schweres Leid zugefügt wurde. Aufgrund eindeutig unzureichender Entschädigungsregelungen auf Bundesebene wurde 1988 in Hamburg die »Stiftung für NS-Verfolgte« eingerichtet, die die »vergessenen Opfer« entschädigen sollte.⁷ Auch viele Sinti und Roma konnten von der Einrichtung der Stiftung profitieren. Eine Anerkennung der »zweiten Schuld«, der Tatsache, dass auch die Wiedergutmachung nicht vorurteilsfrei und ohne Diskriminierungen ablief und bei den Opfern z.T. schlimme Wunden riss, erfolgte nicht.⁸

Bis heute ist Antiziganismus in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Zum Beispiel werden Fluchtgründe von Roma-Flüchtlingen vom Westbalkan in Deutschland nur unzurei-

¹ Tatsächlich werden die Begriffe Sinti und Roma dem Kreis derjenigen, die als »Zigeuner« diskriminiert, ausgegrenzt und verfolgt wurden und werden, nicht gerecht. Die Schwierigkeit ist, dass oftmals in viele verschiedene Gruppen (wie z.B. Ägypter, Kale, Gitanos) differenziert werden müsste. Allerdings haben das auch die Verfolger_innen nicht getan, sodass die Rekonstruktion im Nachhinein oftmals ebenfalls schwierig sein dürfte. Ebenfalls ist es nicht korrekt, Sinti und Roma in ihrer Gesamtheit als sozial Ausgegrenzte und Verfolgte darzustellen, vielmehr werden sie von der Mehrheitsgesellschaft ausschließlich so wahrgenommen. So bleibt eine Bezeichnung, wie sie im Folgenden genutzt wird, immer problematisch. Ebenfalls problematisch ist, dass die Begriffe Sinti und Roma nicht sinnvoll durch den Unterstrich »gegendert« werden können. Im Folgenden wird daher von Sinti und Roma geschrieben, auch wenn das verkürzend ist.

² Die Schreibweise wird unterschiedlich gehandhabt.

³ Helmut Schmidt nannte den Völkermord an den Sinti und Roma 1982 beim Namen.

⁴ Zur Begründung verwies der BGH damals auf die »Zigeunerplage« und führte dann aus: »Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vom fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist.« Als wissenschaftlicher Beleg wurde auf ein Kriminalistiklehrbuch aus der NS-Zeit verwiesen. (www.taz.de/15279649/) Der BGH widerrief sein Urteil erst 1963.

⁵ Vgl. Knittermeier, Jan, Sinti und Roma: Vergessene Opfer? Examensarbeit am Historischen Seminar der Universität Hamburg, 2006. Das »Gesetz über das Aufstellen von Wohnwagen im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg« vom 19. Dezember 1952 regelt, unter Verweis auf die Wahrung der öffentlichen Sicherheit, Beschränkungen für Menschen, die Wohnwagen aufstellen wollen. 1959 wird das »Wohnwagengesetz« verschärft und das Aufstellen von Wohnwagen zu Wohnzwecken grundsätzlich versagt; Touristen und Schausteller werden ausdrücklich ausgenommen und Grundrechtseinschränkungen, wie die Einschränkungen der Rechte auf Freizügigkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung werden ausdrücklich hingenommen.

⁶ Vgl. Pross, Christian, Wiedergutmachung: Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Hamburg 1991.

⁷ Siehe dazu insbesondere Drs. 13/779.

⁸ Vgl. Antrag der Grüne/GAL-Fraktion »Errichtung einer Landesstiftung für Opfer der NS-Herrschaft hier: Schulbekenntnis von 1988, Drs. 13/2332.

chend anerkannt.⁹ Unter den Geflüchteten aus den »sicheren Herkunftsstaaten«¹⁰ stellen Roma eine bedeutende Gruppe dar, ihnen wird die Kenntlich-Machung ihrer Asylgründe über ein beschleunigtes Verfahren deutlich erschwert. Seit den jüngsten Novellierungen der Asylgesetze dürfen Geflüchtete aus »sicheren Herkunftsstaaten« nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften umziehen; sie müssen in Zentralen Erstaufnahmen verbleiben. Selbst deutsche Sinti und Sinteze, die seit vielen Generationen deutsche Staatsbürger_innen sind, werden, wenn sie als Sinti erkannt werden, z.B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt.¹¹

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern hat Hamburg bis heute keinen Staatsvertrag mit den Vertreter_innen der Deutschen Sinti abgeschlossen.

Bundesweit steht eine gründliche historische Forschung und politische Anerkennung der grausamen Tatsachen deutscher Geschichte in vielen Teilen noch aus. Neben der Aufarbeitung des Porajmos muss es heute auch darum gehen, die fortgesetzte Diskriminierung von Sinti und Roma nach 1945 zu erforschen und bekannt zu machen. Eine vom Bundeskriminalamt in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie zur Vergangenheit des BKA in der Bundesrepublik stellt in diesem Zusammenhang eine Ausnahme dar. Nach Meinung der Fragesteller_innen sind auch Hamburger Institutionen und Behörden aufgefordert, ihr Handeln in Geschichte und Gegenwart auf den Prüfstand zu stellen und sich für eine wissenschaftliche Erforschung einzusetzen. Eine fortgesetzte Nicht-Aufarbeitung kommt einem fortgesetzten Unrecht ge-

genüber Sinti und Roma gleich. Eine umfassende historische Aufarbeitung der fortgesetzten Diskriminierung von Hamburger Sinti und Roma durch Hamburger Behörden ist der fragstellenden Fraktion nicht bekannt. Die Fragesteller_innen sind sich darüber im Klaren, dass eine gründliche Aufarbeitung nicht mittels einer Parlamentarischen Anfrage geleistet werden kann. Die vorliegende Große Anfrage stellt einen Anfang dar, mittels dessen die Notwendigkeit einer Erforschung auch der neueren Diskriminierungsgeschichte von Sinti und Roma in Hamburg deutlich wird. Der Auftrag zu einer gründlichen historischen Aufarbeitung würde einerseits ein Bekenntnis zu diesem dunklen Kapitel Hamburgischer Stadtgeschichte und andererseits die Auseinandersetzung mit bis heute in der Mehrheitsgesellschaft existenten Vorurteilen bedeuten. Beides wären wichtige Signale in Richtung der Betroffenen und könnten Schritte bei der Bekämpfung des Antiziganismus in der Gesellschaft sein.

⁹ In Finnland liegen die Schutzquoten für Asylsuchende aus dem Kosovo bei 40%, bei Antragsstellern aus Serbien in der Schweiz bei 37%. Bosnische Antragssteller erhalten in Frankreich und Belgien zu 20% einen Schutzstatus und albanische Asylsuchende zu 18% in Großbritannien. Quelle: <https://www.proasyl.de/news/spd-und-gruene-auf-abwegen-wird-das-asyl-grundrecht-erneut-teil-eines-deals/18.1.2017>.

¹⁰ Die Bundesregierung gibt an, dass 2015 der Anteil an Roma unter den Geflüchteten aus Serbien (75%), Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, die in Deutschland Asyl beantragen, jeweils mehr als 50% beträgt. Vgl. BT-Drs. 18/2625.

¹¹ www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Ethnische_Herkunft/Themenjahr_2014/fragen_antworten_Sinti_Roma/faq_Sinti_und_Roma_node.html [23.1.2017]

Das kleine Wunder von St. Georg



Februar 2017: Kein kaltes Hamburg (Ulrich Gehner)

Da war erst einmal der so genannte Zackenzaun, der vor einigen Monaten von der Deutschen Bahn auf der Steinmauer vor der temporär besetzten Polizeiwache auf dem Hachmannplatz angebracht worden war. Nach öffentlichen Protesten gegen die allzu offensichtliche Verdrängungsstrategie ruderte die Bahn zurück, ließ aber wenig später eine Plexiglaswand errichten, mit demselben Zweck – zu verhindern, dass sich hier Obdachlose niederlassen. Wieder Proteste, wieder reagierte die Bahn und ließ diesen transparenten »Zaun« abreißen. Viel-

leicht auch, weil ruchbar wurde, dass das Bezirksamt gleich die ganze Mauer abreißen will, die konsequenteste Lösung, um das Lagern ungewollter Menschen zu verhindern. Man kann gespannt sein, was sich Bahn und Bezirksamt noch so einfallen lassen.

Nur wenige Meter entfernt, an der Ecke Kirchenallee/Steintordamm (unterhalb des »Aquariums« der Bahndirektion) ergab sich in den letzten Wochen eine andere Entwicklung. Auch hier das gleiche Bild. Über einer kniehohen Mauer, die

eigentlich zum Sitzen einlädt, ein voluminöser »Dachzaun«, mit Metallstreben und also durchsichtig, aber eben irgendwann geschaffen, um das Sitzen oder »Lagern« zu verhindern. Bis heute ist unklar, wer dieses Gebilde dort eigentlich wann genau angebracht hat, Bezirksamt und Deutsche Bahn schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Dann aber passierte das kleine Wunder von St. Georg, aus dem »Gitterzaun« wurde ein »Gabenzaun«, so wird er inzwischen auch in den Medien bezeichnet. Unbekannte Bürgerinnen, die sich über das anhaltende Verdrängungsgebaren empören, hängen seit rund zwei Wochen täglich kleine Päckchen für die Obdachlosen an den Zaun: Lebensmittel, warme Socken, irgendetwas

Schönes, was der Mensch eben so braucht, vor allem auch der obdachlose. Ein Spaßvogel hat sogar einen Klappstuhl an dem Zaun angebunden.

Doch ebenso schnell werden die kleinen Geschenke wieder abgenommen, ob von der Bahn oder vom Bezirksamt, ist gegenwärtig ebenso unklar. Aber wie von Zauberhand hängen am nächsten Tag wieder allerlei Dinge an diesem wunderbaren Gabenzaun.

Christiane Schneider richtet nun eine Kleine Anfrage an den Senat, wer für die Zäune im einzelnen eigentlich verantwortlich ist.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am 14. Januar 2017 präsentierten die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ihren **Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017**. Er wird seither in der bundesdeutschen und der Hamburger LINKEN diskutiert und weiterentwickelt. Wer sich einen ersten Eindruck davon verschaffen möchte, wie sich DIE LINKE zur Bundestagswahl am 24. September positioniert, für den gibt es den Entwurf des Programms hier: www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017/.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist immer wieder für interessante Veranstaltungen und auch Materialien gut. Frisch herausgekommen ist eine **Broschüre**, die sich mit dem US-amerikanischen **Wahlerfolg von Donald Trump** beschäftigt. Wer den – auch wegen seiner unglaublichen Auftritte – nicht so recht verstehen kann, sollte den Link www.rosalux.de/publication/42875/donald-trump-und-der-aufstieg-der-nationalistischen-rechten.html anklicken, der zu der genannten Broschüre führt.



Wer sich gleich noch einmal gruseln möchte, der/die schaut sich auf »Spiegel online« den Bericht vom 16. Januar über die neueste OXFAM-Erhebung an, nach der **acht Superreiche so viel wie die halbe Menschheit besitzen**. Fotos inklusive: www.spiegel.de/wirtschaft/oxfam-acht-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-menschheit-a-1130064.html.



Nicht so ganz ernst meint es der Senat einmal mehr mit der BürgerInnenbeteiligung, wenn es um den geplanten Bau der U5 geht. Am **Samstag, den 18. Februar**, sind die BürgerInnen eingeladen, um mit den PlanerInnen der Hochbahn vorrangig über die **U5-Haltestelle in Barmbek-Nord** zu diskutieren, sich halt zu informieren. Mehr ist nicht drin, von Augenhöhe keine Spur. Trotzdem Hingehen empfiehlt sich. Die Veranstaltung wird von 11 bis 15 Uhr in der Aula der Stadtteilschule Helmuth Hübener (Benzenbergweg 2) durchgeführt.

Um deutsche **Kriegsverbrechen und die Shoah in Griechenland 1944** geht es am **Sonntag, den 19. Februar**, um 20.30 Uhr im »Golem« (Große Elbstraße 14, schräg gegenüber der Altonaer Fischauktionshalle am Fischmarkt). Vorträge gibt es an diesem Abend von Dr. Christoph Schminck-Gustavus, Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Bremen, sowie von Willy Schwarz, einem jüdisch-italienischen-US-amerikanischen Musiker, der in Bremen lebt.

Nordkirche, Diakonie, Caritasverband, Das Rauhe Haus, Hinz & Kunzt, der ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt haben sich schon vor längerem für eine Veranstaltungsreihe zusammengeschlossen, in der es um die verschiedenen Facetten der sozialen Gerechtigkeit in Hamburg geht. Am **Dienstag, den 21. Februar**, heißt es von 17.30 bis 19.30 Uhr im Betahaus (Eiffelstraße 43): **Arbeit 4.0: Wer gewinnt – wer verliert?** Zum brisanten Thema der voranschreitenden Digitalisierung äußern sich: Dr. Tanja

Buch (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nord), Dr. Berthold Vogel (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen) und Martin Dieckmann (ver.di Nord). Die Moderation obliegt einmal mehr Burkhard Plemper.



Ebenfalls am **Dienstag, den 21. Februar**, lädt die Interventionistische Linke (IL) um 19 Uhr in die Fabrique im Gängeviertel ein (Valentinskamp 34a). Es geht um das Konzept der **Sanctuary City**, die Idee einer **Zufluchtsstadt für Menschen ohne Papiere**. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe »Wie geht Stadt für Alle?« statt. Über die Sanctuary City berichten an diesem Abend Nathan Prier und Ayesha Basit aus Toronto, der kanadischen Stadt, die seit 2013 besondere Schutzrechte für Menschen ohne Papiere erlassen hat. Mehr dazu unter www.toronto.nooneisillegal.org.

Im Rahmen ihres Bildungsprogrammes lädt die Altonaer LINKE am **Mittwoch, den 22. Februar**, zu einer Debatte unter der Überschrift **Armut und das Recht auf Obdach** ein. Wie leben die rund 2.000 Obdachlosen in der Stadt, wie sieht das Hilfesystem aus, was wäre nötig? Auf diese und weitere Fragen geht Andrea Hniopek ein, die Leiterin der Abteilung Existenzsicherung beim Hamburger Caritasverband. Die Veranstaltung ist im Bezirksbüro (Am Felde 2) angesiedelt und beginnt um 19 Uhr.

Am **Freitag, den 24. Februar**, hat die Willi-Bredel-Gesellschaft die SAGA, BezirkspolitikerInnen und interessierte BürgerInnen eingeladen, um über die vor gut 120 Jahren entstandenen »Wärterhäuschen« zu diskutieren. Es geht um Abriss statt Denkmalschutz, d.h. die Frage: Droht dem Ensemble der historischen Wärterhäuser ein weiterer Abriss? Die Begehung beginnt um 15.30 Uhr vor dem Maienweg 185.

Am **Sonntag, den 26. Februar**, von 10 bis 17 Uhr, wird es wieder eine große **Radreise-Messe** geben. Veranstalter ist der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC), der zahlreiche alternative Radreiseanbieter, Tourismusregionen, HerstellerInnen und HändlerInnen gewinnen konnte. Die Ausstellungsfläche in der Sporthalle Hamburg (Krochmannstraße 55) umfasst ca. 3.000 qm. Der Eintritt beträgt 7 Euro, für ADFC-Mitglieder 2,50 Euro, Kinder bis 16 Jahre sind frei. Für Kinder gibt es zwischen 11 und 16 Uhr ein besonderes Spielangebot. Mehr unter www.radreise-messe.de.



»Metropolitenpolitik Hamburg: Zur Internationalisierung der Stadtentwicklung« ist das Oberthema einer interessanten Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Die vierte Diskussion bestreitet am **Montag, den 27. Februar**, um 19 Uhr, Dr. Anne Vogelpohl vom Institut für Geographie an der Universität Hamburg. Die kritische Wissenschaftlerin widmet sich den **Theorien der Stadtentwicklung** bzw. der Frage **Wie funktioniert Stadtentwicklung und -politik?** Veranstaltungsort ist das dock

europe e.V. in der Bodenstedtstraße 16 (Hinterhof Eingang West). Mehr unter www.dock-europe.net/.

Eine weitere Veranstaltung unter dem Motto »Wie geht Stadt für Alle?« hat sich die Interventionistische Linke für **Dienstag, den 28. Februar**, um 19 Uhr in der T-Stube im Pferdestall der Universität Hamburg (Allendeplatz 1) vorgenommen. Serhat Karakayali vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung nimmt Stellung zum Themenfeld **Migration – Rassismus – Staatsbürgerschaft**.

Die **Finanzierung urbaner Zukunft am Beispiel von Elbphilharmonie, Olympia und HafenCity** steht am **Montag, den 13. März**, um 19 Uhr im Internationalen Bildungszentrum in der Bodenstedtstraße 16 (Hinterhof Eingang West) auf der Agenda. Im Rahmen der RLS-Reihe zur »Metropolitenpolitik Hamburg« sind die NOlympia-Aktivistin Nicole Vrenegor und der Bürgerschaftsabgeordnete Norbert Hackbusch (DIE LINKE) zu Gast.

Die Reihe »Wie geht Stadt für Alle?« der Interventionistischen Linken resümiert auf der Abschlussveranstaltung am **Dienstag, den 14. März**, um 18 Uhr im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15) die Vorstellung einer **Stadt für Alle**, bei der es um die Sicherung vor allem auch von Menschen mit fehlenden oder eingeschränkten StaatsbürgerInnenrechten geht. Veranstalter im engeren Sinne ist an diesem Abend das Bündnis Recht auf Stadt-Never Mind the Papers! Mehr unter www.nevermindthepapers.noblogs.org.



Stadtentwicklung am Scheideweg



Herz As, 24.1.2017 (Foto: Marco Alexander Hosemann)

Die VeranstalterInnen – ein Bündnis aus verschiedenen innenstadtnah zu verortenden Initiativen, weiteren Gruppen und dem Netzwerk Recht auf Stadt – waren selbst ein wenig überrascht, als sie am 24. Januar ihre Veranstaltung im »Herz As« eröffneten. Rund 130 TeilnehmerInnen sorgten für Überfüllung, viele mussten stehen. Das Thema des Abends: die soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof, so auch der Name des an diesem Abend de facto aus der Taufe gehobenen Aktionsbündnisses. Der Anlass: der drohende Verkauf und Abriss der vier Hochhäuser am Klosterwall und die Verhinderung der sozialen Umnutzung der seit langem leer stehenden ehemaligen Hörgeschädigtenschule im Münzviertel. Das Motiv: die Forderung nach einer sozialen Stadtentwicklungspolitik, die vorrangig auch die städtischen Räume für entsprechende Nutzungen vorhält, statt vorhandene Gebäude auch noch zu privatisieren und damit einer sozialen Nutzung absehbar zu entziehen.

Geprägt war die zweieinhalbstündige Veranstaltung von informativen Statements von VertreterInnen verschiedener Einrichtungen.

Für das Veranstalterbündnis begründeten zunächst Marius Geisler (City-Hof e.V.), Ina Morgenroth (Einwohnerverein St. Georg), Günter Westphal (Münzviertel-Initiative), Björge Köhler (ASTA der HCU), Till Haupt (Berufsverband bildender Künstlerinnen und Künstler e.V.) und Birgit Otte (SprecherInnenrat des Netzwerks Recht auf Stadt), warum sie für den Erhalt der City-Hochhäuser und auch des Schulgebäudes und deren Nutzung vorrangig für Wohn- und soziale Zwecke eintreten. Deutlich wurde in diesen Beiträgen auch, dass der Senat endlich andere Akzente setzen müsse, gerade im innenstadtnahen Bereich, wo, wie später ein aufrechter FDP'ler (Rolf Reincke) ausführte, über 90% der Flächen längst privat seien, sodass die Stadt kaum noch Möglichkeiten hat, Einfluss auszuüben.

Einen Schwerpunkt der Debatte stellten die Beiträge aus den sozialen Einrichtungen dar. Burkhard Czarnitzki machte am Beispiel von KIDs – der Einrichtung für Straßenkinder, die

kürzlich aus dem Bieberhaus rausgeflogen ist und seitdem in Metallcontainern am Holzdamm mehr schlecht als recht arbeitet – deutlich, wie schwer es ist, angemessene Räumlichkeiten in Hauptbahnhofnähe für diese wichtige Sozialarbeit zu finden. Ulrich Hermannes (Hoffnungsorte Hamburg) unterstrich mit Blick auf die Obdachlosenarbeit, dass diese aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt werden soll. Die ehemalige Hörgeschädigten-Schule böte Platz, stattdessen wird sie von der Stadt als »Gelddruckmaschine« verstanden. Auch Andrea Hniopek (Caritasverband) kritisierte, dass soziale Projekte oft an den Rand gedrängt werden würden. Und schließlich wies Stephan Karrenbauer (Hinz & Kunzt) darauf hin, dass die Lage, insbesondere für Obdachlose rund um den Hauptbahnhof, »kurz vor dem Kippen« sei.

Für den Komplex Denkmalschutz (der gilt z.B. für den City-Hof) und Stadtentwicklung machte Elinor Schues (Denkmalrat) nachhaltig klar, dass der Widerstand von unten nötig sei, um die Abrissplanungen von oben zu verhindern. Julian Petri (Nexthamburg) hatte just an diesem Tag im »Hamburger Abendblatt« eine Liste der erhaltungswürdigen Orte und Gebäude (darunter die vier City-Hochhäuser) veröffentlichen können und meinte, wir bräuchten hunderte ESSO-Initiativen, um eine alternative Stadtentwicklung realisieren zu können. Frank John (fux e.G.) plädierte für »andere Formen des öffentlichen Eigentums« (z.B. in Form von selbstverwalteten Genossenschaften), für das »Bauen im Bestand« und hielt auch spürbarere Formen des Widerstandes für notwendig. Rolf Becker schließlich machte an der Aufschickung seines Stadtteils St. Georg deutlich, wie Verdrängung abläuft und warum man sich dagegen zur Wehr setzen müsse.

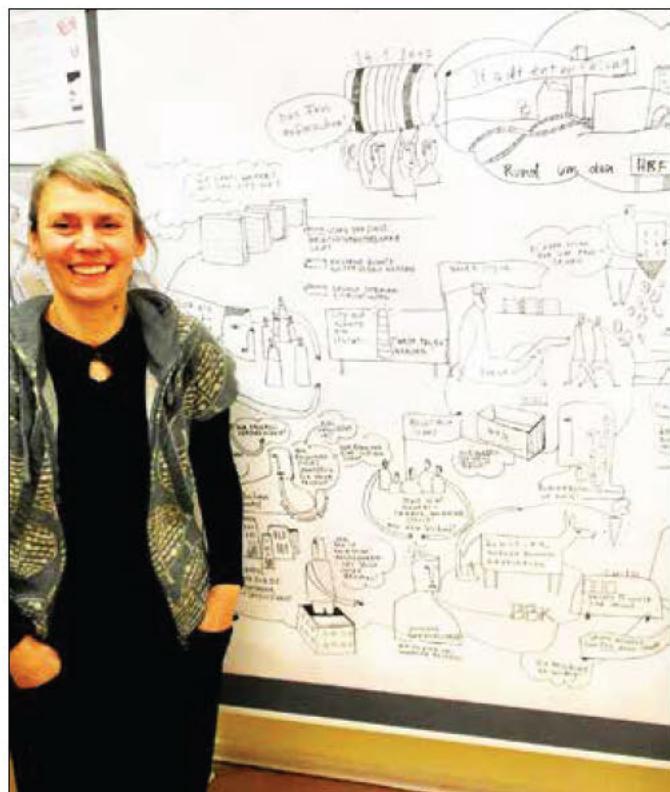
Schließlich kam die Politik zu Wort. Der o.a. FDP-Vertreter – Vorsitzender des Landesfachausschusses Stadtentwicklung seiner Partei – bestach durch seine Unterstützung der Bündnisforderungen. Dagegen fielen die Äußerungen von Michael Osterburg (GRÜNEN-Fraktion Hamburg-Mitte) und Tobias Piekatz (Geschäftsführer der SPD-Fraktion Hamburg-Mitte) doch recht stark ab. Sie meinten recht defensiv, es gäbe in ih-

ren Parteien eben so und solche Positionen, aber letztlich würde ja sowieso der Senat entscheiden und damit wären sie eigentlich gar nicht zuständig oder gar verantwortlich. Naja, zwei schwache Auftritte. Heike Sudmann (Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE) setzte sich hingegen noch einmal wortstark für den Erhalt öffentlicher Gebäude ein und unterstrich, dass ihre Fraktion und Partei das Konzept und etwaige Proteste einer »Stadt für Alle« gerade auch im innenstadtnahen Bereich unterstütze.

Zuguterletzt machte auch Rolf Bosse (Mieterverein Hamburg) klar, dass er sich für die Kernforderungen des Bündnisses engagieren würde.

Mit diesem Drive im Rücken hat das »Bündnis Soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof« inzwischen eine öffentliche Erklärung abgegeben (siehe weiter unten) und damit den Start einer mehrmonatigen Kampagne verkündet, an deren Ende vor allem der Erhalt, die Sanierung und soziale Umnutzung der City-Hochhäuser stehen müsse. Und nun geht es los damit. Für Donnerstag, den 23. Februar, wird um 18.30 Uhr in der HafenCity Universität (Überseeallee 16), zu einer »1. Aktionsberatung« eingeladen. Ideen des Bündnisses sollen vorgestellt werden, aber es wird auch Raum geschaffen, um an diesem Abend in Kleingruppen über die Gestaltung der Kampagne im Einzelnen zu sprechen und konkrete Schritte zu überlegen. Die Linksfraktion wird die Aktivitäten nach Kräften unterstützen und begleiten.

Hier deutet sich der Scheideweg an, vor dem jetzt der Senat und auch das Bezirksamt Hamburg-Mitte stehen: Welche Stadtentwicklung werden sie in den nächsten Jahren betreiben? Der City-Hof und die Ex-Hörgeschädigten-Schule sind dafür ein – buchstäblich – zentraler Messpfahl.



Elke Ehniger und ihre Graphic Recordings zur City-Hof-Veranstaltung 24.1.2017 (M. Joho)



Blick aus dem HCU-Foyer (Foto: Maren Cornils)

Fraktion vor Ort:

HafenCity – Einladung zu einer Expedition zu Fuß

am Freitag, 24.3.2017, 16.00 Uhr, ab Haupteingang HafenCity Universität, Überseeallee 16, mit Heike Sudmann, MdHB, und Dipl.-Ing. Maren Cornils, Tourenleiterin
Dauer: ca. 2 Stunden, kostenfrei
(danach evtl. Café-Besuch)

Wer über die Elbbrücken fährt, kann sehen, wie sich der Bereich der HafenCity im Laufe der Jahre verwandelt hat und sich immer noch wandelt. Wer baut hier was für wen? Und warum? Diesen und anderen Fragen werden wir buchstäblich nachgehen.

Maren Cornils, Dipl.-Ing. für Architektur und Stadtplanung und erfahrene Tourenleiterin, führt uns von der Aussichtsterrasse der HafenCity Universität zum Überseequartier. Ehemals kleinteilig geplant, soll hier jetzt ein riesiges Shopping-Center entstehen. Die Atmosphäre, die Wohnbebauung und Ladenstruktur rund um den Sandtor- und Grasbrookhafen interessieren uns ebenso wie vorhandene oder auch nicht mehr vorhandene historische Gebäude. Selbstverständlich wird die Elbphilharmonie bei diesem – barrierefreien – Rundgang nicht fehlen. Zum Abschluss wollen wir von der Plaza der Elphi aus nochmal den Blick schweifen und das Ganze vielleicht in einem netten Café ausklingen lassen.

Eine Anmeldung zur besseren Planung unter heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de wäre schön. Aber auch ohne Anmeldung könnt Ihr/können Sie an dieser kostenlosen Expedition (ohne Fahrräder) teilnehmen.

Wer schon vorher (oder auch hinterher) Stadtteil-touren mit Maren Cornils machen möchte, guckt hier: www.st-georg-tour.de.

Kulturtipp: Gegen Faschismus – für das Schöne



l.: www.kai-degenhardt.de, r. Tita do Rego Silva (Museum der Arbeit)

Die reaktionären Entwicklungen in Europa lassen uns besorgt in die Zukunft blicken. Und so sind **Kai Degenhardts »Lieder gegen den rechten Aufmarsch – von damals und von dieser Zeit«** gerade richtig. Am Samstag, den 18. Februar, gastiert der Musiker mit diesem Programm im Polittbüro (Steindamm 45). Der Eintritt beträgt 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, Reservierung unter Tel. 280 55 467. Mehr unter www.kaidegenhardt.de.

Nicht minder wichtig bzw. interessant ist eine Ausstellung vom 8. März bis zum 2. April in der **Fabrik der Künste** (Kreuzbrook 12). Unter der Überschrift **»Kriegslügen«** werden hier Plakate, Künstlerflugblätter und Installationen zum Ersten Weltkrieg präsentiert. Ein Muss für alle, die sich mit der Verführung der Massen durch (Kriegs-) Propaganda und den Formen der Manipulation beschäftigen wollen. Das Begleitprogramm findet sich hier: www.fabrikderkuenste.de.

Etwas ganz Anderes und wirklich Schönes findet am Wochenende 18./19. März im Museum der Arbeit (MdA, Wiesen-damm 3) statt: die **BuchDruckKunst**. Dieser ist die 12. Verkaufsmesse am besagten Wochenende gewidmet. Ins Leben

gerufen wurde diese Veranstaltung 1999 als Norddeutsche Handpressenmesse von Stefan und Wibke Bartkowiak, seit Juni 2016 ist der Hamburger Künstler, Drucker und Verleger Klaus Raasch verantwortlich.

Präsentiert werden auf der Messe rund 50 KünstlerInnen und Editionen, »die mit traditionellen wie neuen Druckverfahren arbeiten, aber auch Unikate und Malerbücher herstellen.« Es geht also um schöne, anfassbare Dinge, bei denen Form und Inhalt in Übereinstimmung gebracht werden. »Im digitalen Zeitalter«, heißt es im Prospekt, »wächst das Bedürfnis nach Authentischem, Sinnlichem, Individuellem – denn der Bildschirm, mobil oder stationär, bleibt letztendlich zweidimensional.«

Die BuchDruckKunst ist nicht nur eine Verkaufsmesse schöner Stücke, hier gibt es auch die wunderbare Chance, mitzuerleben bzw. zu erfahren, wie Lithografien und Radierungen entstehen, wie Schriftguss und Papiers schöpfen funktionieren, was Hand- und Maschinensatz ist. Über den Blog buchdruckkunst.com können Informationen über die beteiligten AusstellerInnen abgerufen werden.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.